

01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Frau Kamionka

Datum:
08.06.2022

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "Essbare Stadt" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2022, eingegangen am 07.06.2022)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	15.06.2022	Verwaltungsausschuss
Ö	23.06.2022	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

s. Antrag "Essbare Stadt" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2022, eingegangen am 07.06.2022)

Beschlussvorschlag:

s. Antrag "Essbare Stadt" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2022, eingegangen am 07.06.2022)

Anlagen:

Antrag "Essbare Stadt" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2022, eingegangen am 07.06.2022)

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:



Kai Herzog Brockwinkler Weg 1A 21339 Lüneburg

Stadtratsfraktion Lüneburg

Ratsherr Kai Herzog

kai.herzog@rathaus-aktuell.de

Oberbürgermeisterin Kalisch
- Rathaus -

21335 Lüneburg

07.06.2022

Antrag zur Sitzung des Rates der Hansestadt Lüneburg am 23.06.2022

Anwendung des Konzepts „Essbare Stadt“ auf
die Stadt Lüneburg

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen beantragt, der Rat möge beschließen, die Anwendung des Konzepts „Essbare Stadt“ auf die Stadt Lüneburg zu übertragen.

Die Stadt Lüneburg bekräftigt die kommunale Verpflichtung zum Erhalt der biologischen Vielfalt gemäß den Zielen für nachhaltige Entwicklung in Anlehnung an den Nachhaltigkeitsbericht 2021. Die Stadtverwaltung wendet das Konzept „essbare“ Stadt gemäß dem Vorbild von Andernach (Essbare Stadt | Stadt Andernach) auf die Situation in der Stadt Lüneburg an und beauftragt die Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH (AGL) dies umzusetzen, um eine sach- und zielgerichtete Pflege und Unterhaltung dieser öffentlichen Grünflächen zu gewährleisten. Hierbei werden lokale Initiativen einbezogen.

Die Begründung:

Das Beispiel Andernach zeigt, wie kreative Bewirtschaftungskonzepte für städtische Grünflächen mehrere Vorteile haben können: die Grünpflegekosten sinken, interessiertere und begeisterte Bürger*innen erhalten eine Möglichkeit für gemeinschaftliche Aktivitäten, die Anpflanzung diverser Obst- und Gemüsesorten ist ein Beitrag zur Sicherung von Kulturpflanzenvielfalt, die Stadtbilder verschönern sich etc.

Waldkirch (essbare-stadt-waldkirch.de) hat dieses Konzept ebenfalls übernommen. Eine bunte Mischung an Angeboten zum freien Ernten von Obst, Gemüse und (Wild-)Kräutern, Schulgärten und klar definierten Gemeinschaftsgärten mit Hauptverantwortlichen war hier erfolgreich. Die Idee der „essbaren“ Stadt verbindet den aktuellen Trend zum Urban Gardening mit traditionellem Wissen über Kulturpflanzen und ihre Anbauweisen. Es hat Potential sowohl Generationen als auch Kulturen zu verbinden. Gerade im Hinblick auf den neu zu entwickelnden Erlebnisraum Stadt stellt dies eine Bereicherung dar.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung

Für die Fraktion

**Stellungnahme zur Ratsanfrage vom 07.06.2022 zur Ratssitzung am 23.06.2022
von der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema „Essbare Stadt“**

Eine „Essbare Stadt“ ist nicht neu. Allgemein finden die Themen „Klimaanpassung“ und „Klimaresilienz“ seit einigen Jahren stetig zunehmende Beachtung. Immer dann, wenn Maßnahmen geplant sind, z.B. auch im Rahmen von Sanierungs- oder Förderungsprogrammen, Spielplatzneu- oder umgestaltungen etc. werden diese unter den o.g. Aspekten betrachtet. Außerdem setzt die Verwaltung gemeinsam mit der Leuphana Universität seit Jahren verschiedene Projekte um, die in vergleichbarer Art auch in den Konzepten zur „essbaren Stadt“ zu finden sind:

- 16 Kleingartenanlagen (die hohe Anzahl ist einmalig in Deutschland, bezogen auf Lüneburgs Einwohnerzahl), in denen es auch bereits Gemeinschaftsgärten gibt.
- verpachtete Flächen an die SoLaWi. Letztlich bewähren sich eher Vereinigungen wie die SoLaWi (Solidarische Landwirtschaft), die Ackerflächen von der Stadt gepachtet hat. Bürger:innen können hier mithelfen.
- Hochbeete in den Innenhöfen der Verwaltungsabteilungen für die Mitarbeiter (Beispiel Neue Sülze 32/33)
- einen Kräutergarten im Kurpark, den die AGL pflegt und in dem der Kneipp-Verein Führungen anbietet
- Schul- und Kitagärten; die Anlagen entstehen jeweils auf Initiative der Einrichtung und werden auch von dort koordiniert und betreut. Diese Gärten entstehen recht schnell, manchmal unbemerkt und werden genauso schnell wieder verworfen, auch oft unbemerkt. Eine Unterstützung erfolgt durch die AGL oder die Grünplanung (jetzt Abteilung Gebäudewirtschaft) bei der Planung und Anlage sowie Beschaffung von Hochbeeten, Humus, Mutterboden, Wassersilos etc. Die AGL liefert auf Anfrage auch für den lfd. Betrieb eines Schul-Kitagartens Material wie Humus, Mutterboden.
- Des Weiteren werden auf Schul- und Kitaanlagen auch Obstbäume gepflanzt. Dies ist aber stark von der jeweiligen Einrichtungsleitung abhängig, weil Obstbäume auch Insekten anziehen und dies z.T. nicht gewünscht ist (Wespen, Bienen) und durch Fallobst zusätzliche Arbeit verursachen.
- öffentliches Stadtgrün und immer mehr Grünstreifen (insektenfreundliche Blumen), gepflegt durch die AGL (bisher nicht als Gemüsefläche genutzt, dieses würde einen hohen Pflegeaufwand bedeuten),
- Obstbäume auf öffentlichen Flächen und in Ausgleichsflächen, die seit je her allen Bürgerinnen und Bürgern zur Obsternte zur Verfügung stehen, die Pflege erfolgt durch die AGL.

Eine weitere Idee könnte die Anpflanzung von Beerensträuchern auf dem Klosterinnenhof sein. Grundsätzlich tragen jegliche Arten von „Stadtgärten“ zur ökologischen Vielfalt bei. Bei einer gemeinschaftlichen Bewirtschaftung entsteht Raum für soziale Kontakte. Unter welchen Voraussetzungen, wie man ein professionell organisiertes und bewirtschaftetes Modell „Essbare Stadt“ dauerhaft aufbauen könnte, wäre näher zu untersuchen.

Leider verlaufen nicht alle Projekte so erfolgreich. Zu denken ist dabei insbesondere an die Aufstellung von 16 Hochbeeten im gesamten Stadtgebiet (sogenanntes „Urban Gardening“) durch eine studentische Initiative im Jahre 2017. Nach nur einem Jahr war das Interesse erloschen. Auch der Versuch, neue Paten zu finden, war schwierig. Übrig geblieben sind 2 Beete vor dem Museum und 3 Beete an der Bastion, die durch die AWO-Kita gepflegt werden. Die meisten der angelegten Hochbeete wurden nicht weiter gepflegt. Es schien kein nachhaltiges Interesse an dem Anbau, der Pflege und der Ernte seitens der Öffentlichkeit zu bestehen. Es wäre nun zu überlegen, ob nach der Corona-Pandemie ein neuer Versuch des „Urban Gardening“ gestartet werden sollte.

Als ähnlich problematisch wie das „Urban Gardening“ könnte sich der Gemüseanbau erweisen. Es ist zu befürchten, dass die Anlagen als Hundeklo oder Mülleimer missbraucht werden oder mutwillig zerstört werden. Die Anlagen sollten deshalb in einem geschützten Rahmen errichtet werden. Beispielsweise auf Flächen in Parks, die von dem Personenkreis/der Initiative bewirtschaftet und gepflegt werden, die das Obst und Gemüse dann auch tatsächlich ernten wollen.

Schließlich macht die AGL darauf aufmerksam, dass das Thema „Wassermanagement“ stets ein Thema für Gemüse- und Obstgärten ist, da dort relativ viel Wasser benötigt wird. Daher sollten mögliche Standortdiskussionen auch unter dem Aspekt der Wasserversorgung, möglichst auch mit Niederschlagswasser, geführt werden.

Zusammengefasst könnte die Umsetzung weiterer Projekte, wie die vorstehend genannten, zur Unterstützung der Klimafolgenanpassung (mehr Stadtgrün) und zur Begegnung neuer gesellschaftlicher Bedarfe (mehr Selbstversorgung, auch ohne Garten) beitragen. Dabei sollten jedoch die genannten kritischen Aspekte gut abgewogen und geplant werden.

Klang